
231. Plenarsitzung

PC-Journal Nr. 231, Punkt 1 der Tagesordnung

BESCHLUSS Nr. 295

Der Ständige Rat,

beschließt entsprechend seinen Beschlüssen Nr. 278 (PC.DEC/278) und Nr. 292 (PC.DEC/292), daß

im Sinne der Achtung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und im Hinblick auf die weitere Entwicklung der operativen Fähigkeiten der verschiedenen Dimensionen der OSZE mit 1. Juni 1999 eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der OSZE eingerichtet wird; sie ist vorläufig mit 31. Dezember 1999 befristet, kann aber um jeweils 6 Monate verlängert werden. Diese Zusammenarbeit wird in der Planung, Durchführung und Überwachung von Projekten zwischen den zuständigen Behörden der Ukraine und der OSZE und ihren Institutionen bestehen. Die Projekte können alle Aspekte der OSZE-Aktivitäten betreffen und unter Einbeziehung sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Gremien der Ukraine durchgeführt werden.

Zur Durchführung dieser Aufgaben wird in der Ukraine der Posten eines OSZE-Projektkoordinators eingerichtet. Der Koordinator wird mit seinem internationalen und örtlichen Personal in Kiew stationiert sein und die Büroräumlichkeiten der ehemaligen OSZE-Expertengruppe in der Ukraine übernehmen.

Der Koordinator wird dem Ständigen Rat der OSZE regelmäßig Bericht erstatten.

Die Modalitäten der neuen Form der Zusammenarbeit werden von der Regierung der Ukraine und der OSZE in einem eigenen Memorandum of Understanding festgelegt. Diese neue Form der Zusammenarbeit tritt unmittelbar nach der Unterzeichnung des Memorandums in Kraft. In der ersten Phase wird der Schwerpunkt auf der Planung und Vorbereitung eines Großprojekts mit dem Titel „Umfassende Überprüfung der Rechtsvorschriften im Bereich der Menschenrechte“ liegen, das spätestens im Herbst 1999 in Angriff genommen werden soll.

Finanziert wird diese neue Form der Zusammenarbeit aus den regulären Haushalten der OSZE und ihrer Institutionen und gegebenenfalls durch freiwillige Beiträge. Die verbliebenen Mittel aus dem Haushalt der ehemaligen OSZE-Mission in der Ukraine für 1999 und aus möglichen freiwilligen Beiträgen werden zur ersten Finanzierung der neuen Form der Zusammenarbeit herangezogen.